

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die bespaltene Kolonell-Beile 50 M. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Veeh. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaisstraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

### Die ausgesteuerten Arbeitslosen

sind ausgegeben. Marken a 10 Pfennig sind bei den Zahlstellenleitern, Kassierern, Vertrauensleuten usw. zu haben. Alle noch in Arbeit stehenden Mitglieder müssen es als Ehrenpflicht ansehen, sich an dieser Fürsorge für die nicht mehr bezugsberechtigten Arbeitslosen in opferwilligster Weise zu beteiligen.

#### Die Familienunterstützungen der Gewerkschaften.

Auf einer Konferenz von Vertretern der gewerkschaftlichen Zentralverbände, die am 15. d. M. tagte, kam allseitig zum Ausdruck, daß die Arbeitslosenunterstützung die weitaus meisten Mittel der Organisationen in Anspruch nimmt und daß auch mithin diesem Unterstützungszweige die größte Fürsorge zugewendet werden muß. Dagegen werde heute namentlich von den größeren Gemeinden für die Familien der Kriegsteilnehmer in weitestgehendem Maße gesorgt, so daß hierin eine Entlastung der Gewerkschaften möglich sei. Die Konferenz gelangte nach gründlicher Würdigung aller Umstände zur Annahme der folgenden Beschlüsse:

Die Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände erklärt, daß, ehe die Unterstützung an die Familien der Kriegsteilnehmer durch das Reich und die Gemeinden ausgezahlt worden ist, eine vorläufige Hilfeleistung der Gewerkschaften in einzelnen Fällen angebracht war.

Nachdem vom Reich und zahlreichen Gemeinden die Unterstützung durchgeführt ist und sich ergeben hat, daß die Familien der Kriegsteilnehmer bei dieser Unterstützung zum Teil besser oder mindestens so gut gestellt sind als die Arbeitslosen und ihre Familien, hält die Konferenz es für dringend geboten, die Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer dem Reich und den Gemeinden zu überlassen und die Mittel der Gewerkschaften zur Unterstützung der Arbeitslosen zu verwenden. Unterstützung an die Familien der Kriegsteilnehmer soll nur in besonderen Notfällen aus freiwilligen Beiträgen der Mitglieder gewährt werden.

Die Konferenz erwartet, daß alle Verbände dieser Anforderung Folge leisten, damit die Einheitlichkeit der gewerkschaftlichen Organisation gewahrt wird.

Wir bringen diese Entschliebung der Vorstandskonferenz zur Kenntnis unserer Mitglieder und bemerken zugleich, daß der Vorstand gemeinsam mit dem Ausschuß zu dieser Resolution Stellung nehmen wird. Nähere Mitteilungen gehen dann den Zahlstellen zu. Bis dahin gelten die seither erlassenen Bestimmungen.

#### Hilfe für die Arbeitslosen!

Die allgemeine Arbeitslosigkeit scheint etwas nachzulassen. Die Erfolge unserer Heere auf den Kriegsschauplätzen haben die industrielle Tätigkeit wieder etwas belebt. Auch die Ermahnungen der Regierung und der Behörden zur Aufrechterhaltung der Betriebe dürften einige Wirkung gehabt haben. Endlich schafft auch der Krieg selbst Arbeitsgelegenheit in den verschiedensten Industriezweigen. So erfreulich diese leichte Besserung ist, so darf darüber doch nicht übersehen werden, daß trotzdem immer noch ein ganz außerordentlich hoher Bruchteil der Arbeiterschaft ohne Beschäftigung und damit ohne Verdienst und Brot ist. Ueberdies steht der Winter vor der Tür, und es ist durchaus wahrscheinlich, daß er nicht nur die leichte Besserung der letzten Wochen aufhalten, sondern eine neue Steigerung der Arbeitslosigkeit über den erschreckend hohen Stand in den ersten Kriegswochen hinaus bringen wird. Das so unendlich wichtige Problem: Wie steuern wir der Arbeitslosigkeit und wie mildern wir ihre Folgen? ist deshalb jetzt nicht weniger, sondern mehr in den Mittelpunkt aller Überlegungen über die wirtschaftlichen Rückwirkungen des Krieges zu stellen.

Es ist an dieser Stelle schon wiederholt anerkannt worden, daß der Krieg ein begründbares Maß sozialer Einsicht geweckt hat an Stellen, wo man früher jahrelang eifrig, aber erfolglos danach schürfte. Davon haben auch die Arbeitslosen einigen Nutzen gehabt. Zwar sind die Gewerkschaften auch in diesen Zeiten die Hauptträger der Arbeitslosenfürsorge, aber sie finden doch in weit größerem Umfange als früher nicht nur Verständnis, sondern auch Mithilfe in den Gemeinden und bei den Behörden. Städte wie Berlin, Frankfurt und andre haben die Unterstützung der Arbeitslosen beschloffen und dabei die Hilfe der Gewerkschaften angenommen; andre werden in nächster Zeit diese Hilfe annehmen müssen, wenn sie die Unterstützung der Arbeitslosen auf eine sichere organisatorische Grundlage stellen wollen. Nur wenn Gemeinden und Gewerkschaften zusammenwirken, kann die Arbeitslosenunterstützung, sowohl in ihrer Form wie in ihrem Umfange, so gestaltet werden, daß sie weitreichenden Anforderungen genügt.

Es ist jedoch gar keine Frage, daß selbst die beste Arbeitslosenunterstützung nur ein schlechter Nothelfer ist. Denn sie mildert nur die Not, aber sie beseitigt nicht die Ursache eines dieser Not. Wenn es gelänge, allen Arbeitslosen, aber doch einem erheblichen Bruchteil davon, Arbeit nachzuweisen, und zwar Arbeit

zu auskömmlichem Lohn und sonst angemessenen Bedingungen, so wäre das eine viel wirksamere Arbeitslosenfürsorge als alle Unterstützungseinrichtungen. Leider ist das aber eben nicht möglich. Die wirtschaftshemmenden Ursachen sind in Kriegzeiten so zahlreich und so wirksam, daß sie nicht voll, noch auch nur annähernd voll beseitigt werden können. In manchen Industriezweigen fehlen die Rohstoffe, andern ist der Absatz ins Ausland abgeschnitten, wieder andre werden durch Verkehrs- und Geldschwierigkeiten gehemmt usw.; alles das sind Begleiterscheinungen des Krieges, deren Wirkungen sich nur schwer ausschalten lassen. Es wird also kaum möglich sein, während des Krieges die Arbeitslosigkeit zu beseitigen oder auch nur auf den Stand vor dem Kriege herabzubringen. Damit ist gesagt, daß die Unterstützung der Arbeitslosen eine notwendige Maßnahme ist, die nicht durch andre ersetzt werden kann.

Diese Tatsache wird uns nicht hindern, alle Bestrebungen zu fördern und zu unterstützen, die eine Belebung des Wirtschaftsmarktes zum Ziel haben. Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß bei einmütigem Zusammenwirken aller beteiligten Kräfte wenigstens ein Teil der wirtschaftshemmenden Kriegsfolgen beseitigt oder doch in den Wirkungen abgeschwächt werden kann. Der allseitig gute Wille vermag da sehr viel. Von dieser Auffassung ausgehend, beauftragte eine Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, bei den zuständigen Reichsbehörden um Maßnahmen zur Linderung der Arbeitslosennot vorstellig zu werden. In gleicher Richtung war auch der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands tätig. Nach vorheriger Verständigung haben Vertreter dieser beiden Körperschaften mit dem Reichsamt des Innern verhandelt. Die Verhandlungen bewegten sich auf der Grundlage folgender Erwägungen:

Zur Hebung des allgemeinen Wirtschaftslebens ist darauf Bedacht zu nehmen, daß alle Verkehrserschwerungen im Eisenbahn-Peripherie- und Güterverkehr, im Postverkehr und im städtischen Straßenbahnverkehr nach Möglichkeit beseitigt werden. Für die Industrie muß die Zufuhr der Rohstoffe, jodann der Rohstoffe, soweit sie bisher vom Auslande bezogen wurden, gesichert werden, sei es durch Ertrag aus andern Ländern, durch Larifizierungen für Rohstoffförderung oder durch Maßnahmen gegen spekulative Zurückhaltung von Rohstoffen vom Markte und von der industriellen Verwertung. Ein besonderes Augenmerk ist der Lebensmittelversorgung des Volkes zu widmen und mit allem Nachdruck gegen spekulative Verteuerungsbemühungen vorzugehen. Die Arbeitsvermittlung soll untlücht ausgebaut und den nach auswärts vermittelten Arbeitern freie Beförderung zum Arbeitsort gewährt werden. Es gibt eine Reihe von Betriebszweigen und Betrieben, besonders in der Lebensmittelversorgung, im Kohlenbergbau, Kalibergbau und Fabrikation von Düngemitteln, deren Einstellung mit der Aufrechterhaltung des nationalen Wirtschaftslebens unentbehrlich wäre. Solche Betriebe sollten zwangsweise aufrechterhalten und nötigenfalls in öffentlicher Regie weiterbetrieben werden.

Soweit die Privatwirtschaft nicht ausreicht, das Heer der Arbeitslosen aufzufangen, soll die Gemeinwirtschaft von Reich, Staat und Gemeinde helfend einspringen. Die dem Kriegsministerium unterstehenden Betriebe für Heeresbedarf können ungezügelt Arbeitslose beschäftigen und dabei Vorzüge bieten, daß die beschäftigten Arbeitskräfte nicht in übermäßiger Arbeitszeit überanstrengt werden, während Tausende von Händen unbeschäftigt sind. Die Postverwaltungen haben sich leider in ausgedehntem Maße mit unbeschäftigten jugendlichen Helfern beholfen, anstatt Arbeitslose einzustellen. Auch die Eisenbahnverwaltungen können zur Entlastung des Arbeitsmarktes erheblich beitragen. Nicht minder haben die Gemeinden die Möglichkeit, Arbeitslose einzustellen, denn der Krieg legt ihnen erhöhte Pflichten auf, für die ihr durch die Einberufung gelichtetes Personal bei weitem nicht ausreicht. Der öffentliche Sicherheitsdienst ist erheblich verschärft worden durch die Bewachung der Brücken, Bahnanlagen, öffentlichen Gebäude usw. Es ist unbillig, für solche Dienste unbezahlte Hilfe in Anspruch zu nehmen, solange Gemeindeglieder hungern müssen. Unter den älteren Arbeitslosen finden sich genug solche, die mit der Waffe ausgebildet waren und für die öffentliche Sicherheit in Eid und Pflicht genommen werden können. Sodann ist der Bedarf von Reich, Staat und Gemeinden an Dienstleistungen und der Bedarf der öffentlichen Dienste und Anstalten so erheblich, daß viele Arbeitslose, besonders Frauen, dabei ausreichende Beschäftigung finden würden. Ferner ist darauf hinzuweisen, daß die Buntätigkeit der Gemeinden und die Unterhaltung der öffentlichen Anlagen während des Krieges nicht etwa eingeschränkt, sondern im Interesse der Volkswohlfahrt weitergeführt wird. Arbeiten, für die es zu normalen Zeiten an Händen fehlen würde, wie Kolonisation von Heide und Moor, Aufforstungen, Anbau von Defflächen, können gerade jetzt angefaßt der enormen Massenarbeitslosigkeit erfolgreich aufgenommen und durchgeführt werden, sobald Staat und Gemeinde die nötigen Mittel dafür bereitstellen würden.

Um einer Ausnützung der Beschäftigten zum Nachteil der Beschäftigungslosen vorzubeugen, ist entsprechend dem Vorschlag einer im Reichsamt des Innern stattgehabten Frauenhilfskonferenz zu empfehlen, die tägliche Arbeitszeit allgemein auf acht Stunden herabzusetzen und Betrieben, die infolge des Krieges außerordentlich hart beschäftigt sind, die Einführung von Beschäftigten nachzulegen.

wägungen stark beeinflusst sind. Diese Richtlinien sind in drei Abschnitte gegliedert. Im ersten werde die Mittel erörtert zur zweckmäßigen Verteilung der vorhandenen Arbeitsmenge. Als solche Mittel werden empfohlen: 1. Zentralisation der Arbeitsvermittlung durch Zusammenarbeiten aller Arbeitsnachweise mit den wirtschaftlichen Vertretungen und Verbänden aller Richtungen. 2. Einstellung nur bezahlter Kräfte. Mit dieser Forderung wendet sich die Regierung erfreulicherweise gegen die in den ersten Kriegstagen stark hervortretende Einstellung sog. „patriotischer Helfer“. Schüler wurden Briefträger, Professoren errichteten „Schreibhilfen“, „höhere“ Töchter boten sich als Näherinnen an usw.; alle in der irrigen Auffassung, es fehle an Arbeitskräften. Inzwischen dürfte diese Auffassung allgemein als Irrtum erkannt sein, und es ist zu hoffen, daß die Mahnung der Regierung Erfolg hat. Als dritte Maßnahme wird den Behörden empfohlen, Personen mit andern Einkommen (Rentner, Pensionäre, Töchter von Beamten) jetzt nicht einzustellen, sondern möglichst nur solche Personen, die kein andres Einkommen haben. Weiter wenden sich die Richtlinien gegen die Einschränkung des persönlichen Bedarfs; namentlich sollten jetzt Dienstboten, Schneiderinnen, Wäscherinnen usw. nicht entlassen werden. Unter 5 werden die Unternehmer ermahnt, ihre Betriebe nicht einzuschränken, sondern lieber mit verkürzter Arbeitszeit oder auf Lager zu arbeiten. Unter 6 wird räumliche, unter 7 zeitliche Verteilung der Aufträge angeregt. Unter 8 wird gesagt, daß gegenwärtig grundsätzlich keine Ueberarbeit gemacht werden soll, damit möglichst viele Personen Arbeit finden. Unter 10 werden die Verkürzung der Arbeitszeit oder die Einlegung von Feiertagen als beste Maßnahmen zur Vermeidung von Arbeiterentlassungen empfohlen.

Als Mittel zur Beschaffung vermehrter Arbeitsgelegenheit empfiehlt der zweite Abschnitt der Richtlinien zunächst den öffentlichen Körperschaften, durch größere Aufträge neue Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Insbesondere werden auch die Gemeinden ermahnt, Bauten zu beginnen oder fortzuführen. Den Strafanstalten sollen jetzt Aufträge nicht mehr erteilt werden. Weiter sollen Moore und Niedlandereien urbar gemacht und in den Forstverwaltungen die Arbeiten wieder aufgenommen werden. Zur Belebung der privaten Industrie sollen die öffentlichen Körperschaften durch Verteilung von Aufträgen einen Anstoß geben. Für die Bereitstellung von Rohstoffen soll nach Möglichkeit gesorgt werden. Ebenso für die Beschaffung von Geld oder Kredit.

Der dritte Abschnitt empfiehlt, als Mittel gegenüber der großstädtischen Arbeitslosigkeit die Verhütung des Zuzuges in die Großstädte durch Zusammenwirken der Arbeitsnachweise mit den Behörden. Ferner soll die Rückwanderung von der Stadt auf das Land gefördert werden. Endlich sollen die großstädtischen Wohlfahrts-einrichtungen, wie Asyl usw., nicht aufgehoben, sondern weitergeführt werden, weil es notwendig werden kann, für Massen-schlafgelegenheiten und Massen-speisungen zu sorgen. Ausdrücklich wird noch erklärt, daß solche Unterstützungen, auch wenn sie wiederholt gewährt werden, nicht als Armenunterstützung gelten.

So viel über die Richtlinien der Regierung. Man wird zugestehen müssen, daß sie ein erhebliches Maß sozialer Einsicht beinhalten und von dem ehrlichen Bestreben, zu helfen, diktiert sind. Ihren Zweck erfüllen sie jedoch nur, wenn sie beachtet werden. Ihnen diese Beachtung zu schaffen, daran können und müssen wir mithelfen. Wir müssen, wo immer es angeht, die Unternehmer, die Behörden, die öffentlichen Körperschaften auf diese Willens-erklärung der Regierung verweisen und die Beachtung derselben fordern.

Vor allem müssen wir die Gemeinden an ihre Pflicht erinnern. Von ihnen müssen wir fordern, daß sie alles tun, um der Not zu steuern. Sie sollen Mittel bereitstellen, um für die Arbeitslosen Beschäftigung und Verdienst zu schaffen. Soweit sie das nicht können oder wollen, muß ihnen die Unterstützung der Arbeitslosen zur Pflicht gemacht werden. Dabei wollen wir den Gemeinden unsern Organisationsapparat und unsre Erfahrungen gern zur Verfügung stellen.

Wir müssen mahnen und erinnern! Wo die Arbeiterschaft Vertreter in den Gemeindeparlamenten hat, werden diese das gern übernehmen. Wo das nicht der Fall ist, müssen die Gewerkschaftskartelle an, wo solche nicht vorhanden sind, die einzelnen Organisationen und die Gemeindeverbände herantreten. Es ist hohe Zeit, denn die Not ist groß und der Winter steht vor der Tür.

### Unsre Wochenstatistik.

Die Beteiligung an der Wochenstatistik war in der Berichtswochen vom 7. bis 13. September leider wieder ungenügend. Es haben von den 527 vorhandenen Zahlstellen 323 berichtet. Diese hatten zusammen vor Ausbruch des Krieges (am 1. August) 144 783 Mitglieder. Davon waren am 12. September 32 548 zum Kriegsdienst eingezogen und 15 500 als arbeitslos gemeldet. Die Zahl der tatsächlich arbeitslosen ist jedoch größer; denn es melden sich in den Zahlstellen diejenigen nicht, die nur kurze Zeit Mitglied sind, also keinen Anspruch auf Unterstützung haben. Die bisher veröffentlichte Tabelle über die Verhältniszahlen ist nachstehend für die sechste Woche fortgeführt.

Von je 100 Mitgl. waren arbeitslos	8,5	11,5	11,8	12,9	11,5	10,7
Von je 100 männl. Mitgl. waren zum Kriegsdienst eingez.	19,2	21,0	22,6	25,2	24,6	25,8

Die leichte Besserung auf dem Arbeitsmarkte hat also angehalten; hoffentlich dauert sie fort. Den scheinbaren Rückgang der Eingezogenen in der fünften Woche haben wir in der letzten Nummer erklärt, die neue Zahl stimmt wieder mit dem Ergebnis der ersten vier Wochen überein.

Werden die aus dem Teilbericht gewonnenen Zahlen auf die gesamte Mitgliedschaft übertragen, so waren am 12. August insgesamt 45 706 Mitglieder — also soviel wie ein Kriegsstarkes Armeekorps! — zum Kriegsdienst eingezogen und 22 242 Mitglieder waren ohne Arbeit. Davon waren rund 6000 ausgesteuert. Diese erhalten die Hälfte der statutenmäßigen Sätze als Unterstützung. Nehmen wir die durchschnittliche Wochenunterstützung mit nur 4 Mark pro ausgesteuerten Mitglied an, so erfordert die Unterstützung der Ausgesteuerten wöchentlich 24 000 Mark. Es müssen also jede Woche 240 000 — zweihundertvierzigtausend — Beitragsmarken a 10 Pf. abgenommen werden, wenn die freiwillige Extrasteuere die Kosten dieser Unterstützung decken soll. Daraus geht schon hervor, daß es nicht genügt, wenn die in Arbeit stehenden Mitglieder eine oder zwei Marken die Woche kaufen. Vielmehr muß jeder seinen Ehrgeiz darein setzen, als einen Beweis gewerkschaftlicher Solidarität, die vollgeklebte Karte recht bald bei der Ortsverwaltung zum Umtausch abliefern zu können. Vor allem sollten die ledigen Mitglieder jetzt weitgehendste Opferwilligkeit zeigen.

### Berichte aus den Zahlstellen.

**Mün (Eibe).** Seit Ausbruch des Krieges herrscht bei uns eine Arbeitslosigkeit wie noch nie zuvor. In der Speise- und Pflanzenbutterfabrik, wo vorher 120 Mann Arbeit hatten, sind heute noch ganze 30 Mann in Arbeit; 8 Mann von diesen 30 arbeiten nur noch von 8 bis 4 Uhr. Von den Arbeitern dieses Betriebes sind circa 40 zum Kriegsdienst eingezogen. Eine Unterstützung an die Familien zahlt die Firma bis jetzt nicht. Als einige Frauen eingezogener Arbeiter deswegen vorstellig wurden, bewies der Direktor sie auf die noch ausstehenden Beschlüsse des Aufsichtsrats. Bedauerlich ist, daß der Direktor schon wiederholt die völlige Schließung des Betriebes angekündigt hat. Nach Ansicht der Arbeiter liegt dazu ein Anlaß nicht vor. Es ist noch sehr viel Arbeit da. So sind noch zwei Kessel nach dem neuen Kesselhaus zu bringen; außerdem sind Reinigungs- und Anstricharbeiten zu erledigen. — In den Solvaywerken müssen die Arbeiter, die bisher Aufhängerarbeit hatten, wieder 12 Stunden arbeiten bei gleichem Lohn. Dadurch spart die Firma pro Mann und Schicht 1,70 Mark. Davon zahlt sie den Familien der Eingezogenen eine Unterstützung und behält, nach den Berechnungen der Arbeiter, noch ein erhebliches Sämmchen übrig. Hoffentlich bedarf es nur dieser Anmerkung, um das Verhalten der Firma zu ändern.

**Halle.** Auch in Halle gibt es Unternehmer, die auf Kosten der Arbeiter Kriegsfürsorge treiben. In der Zementfabrik Saale in Gramon wurden den Arbeitern 5 Pf. vom Lohn abgezogen. Ebenso in der Elektrochemischen Werke (Fabrik IV) in Ammenburg. In der Halleischen Zuckerfabrik wird den in der Verladefabrik beim fertigen Zucker Beschäftigten jetzt ein Stundenlohn von 35 Pf. gezahlt, während sie früher im Monat 55 bis 60 Pf. pro Stunde verdienten. Die jetzige Arbeit untersteht sich von der früheren Arbeit durch nichts weiter als den um 40 Prozent verminderten Arbeitsverdienst. — In der Stärkefabrik von Wag Eggeri wurde den Arbeitern bedient, da jetzt von der Firma erhebliche Aufwendungen für die Familien der im Felde Stehenden sowie fürs rote Kreuz gemacht werden müssen, jede sich die Geschäftsführung veranlaßt, Sparmaßnahmen zu ergreifen. Aus diesen Gründen müssen die monatlichen Lohnzusatzungen (pro Mann 4 Mk.) während der Dauer des Krieges in Wegfall kommen. Alle diese Firmen sind durchaus kapitalistisch, so daß sie für ihre Maßnahmen nicht einmal den beliebigen Hinweis auf die Existenzfähigkeit des Unternehmens geltend machen können. Um so bedauerlicher ist natürlich das Vorgehen der Firmen.

**Hildesheim.** Aus unserer Zugselle sind bis heute 161 Kollegen zum Militär eingezogen worden. Von diesen sind 82 verheiratet und haben 144 Kinder zu ernähren. Da unsere Zahlstelle am Desarmierungstag nur 608 Mitglieder zählte, so ist eine große Lücke in der Zahlstelle entstanden. Gleich nach Beginn des Krieges wurde das ganze Familienleben der Zugelassenen in Mitleidenschaft gezogen. Die Zugselassenen selbst den Vertriebenen fast vollständig ein. Die Gemeindefürsorge nahm Entlastungen vor, von denen hauptsächlich die Arbeiterinnen betroffen waren. Die Familienmitglieder hat noch heute ihre Dase geschloffen, und in der Dezemberarbeit wird nur vier Tage in der Woche gearbeitet. Die Zugselassenen hat den Betrieb wieder vollständig erwidert; hier hat ein am Teil der Arbeitslosen von uns und auch aus anderen Organisationen Anlauf genommen. Erfruchtlich an der Sache ist, daß heute nicht nach dem Alter gesehen wird, so daß auch alle Arbeiter in dem Betriebe Arbeit gefunden haben. Die Gemeindefürsorge hat noch in letzter Zeit zur Verhütung der Arbeitslosigkeit gearbeitet.

Auch die höchsten Unternehmer haben eingesehen, daß eine Unterstützung der Familien, deren Männer im Felde stehen, notwendig ist. Die Gemeindefürsorge hat an jeden Arbeiter, der eingezogen wurde, einen Wochenlohn von 7 Mark, ferner eine laufende Unterstützung von 7 Mk. für die Frau und 1 Mk. für jedes Kind pro Woche. Zugselassenen und Vertriebenen zahlt je 3 Mk. für die Frau und 1 Mk. für jedes Kind pro Woche. Die Zugselassenen hat in letzter Zeit die Unterstützung der Kinder um je 50 Pf. pro Woche erhöht. Aus anderen Betrieben ist eine Unterstützung über die Unterstützung nicht gemacht worden.

Die Arbeitslosigkeit ist jetzt nicht groß. Da vom Magdeburger Roten Arbeiterverband in Ansbach genommen sind, bei einem Stundenlohn von 15 Pf. und sechsständiger Arbeitszeit, haben verschiedene unserer Mitglieder durch eine Umwertung gewonnen. Leider ist eine Beschäftigung für die weitaus meisten Mitglieder nicht vorhanden, so daß diese auf die Unterstützung des Verbandes angewiesen sind. Wenn unsere Zahlstelle die Wirren des Krieges ohne Schaden überwinden soll, so ist die Mitarbeit eines jeden einzelnen Mitgliedes unbedingt erforderlich. Denn nur dann, wenn jedes Mitglied seine Solidarität mit uns, werden wir die Zahlstelle wieder in die Höhe bringen können.

**Kuppenheim.** Das Direktorium der Hartenfabriken hat 100 000 Mk. für Kriegsfürsorge gesammelt und Direktor Driesberg persönlich noch 10 000 Mark. Das klingt recht nobel, ist jedoch, gemessen an den Gewinnen der Hartenwerke und dem Einkommen des Herrn Driesberg, durchaus nicht viel. Ueberdies hat die Rede eine gewisse Wirkung. Und die letzten die Arbeiter im Betriebe der Hartenwerke kennen. Zu Beginn des Krieges hat die Auszahlung sämtlicher Zeits- und Arbeitsprämien aufgehört, trotzdem

dieselbe Arbeit gemacht werden muß. Auch die Jahresprämie für langjährige Dienste hat aufgehört. Wo ein Arbeiter in einer Kolonne steht, müssen die andern die Arbeit mitmachen; also mehr Arbeit und weniger Lohn. Uns haben Leute versichert, daß sie jede Woche 6—10 Mk. Ausfall hätten.

Von dem famosen „Kriegsurlaub“ schreiben wir schon. Dadurch ist manche Illusion von „Lebensstellung“ und dergleichen zerstört worden. Die Verlehrsformen im Betriebe sind auch schlechter geworden; es scheint, man will den Arbeitern zeigen, daß man sie jetzt nicht allzu nötig braucht. Wir dürfen annehmen, daß jetzt mancher Arbeiter der Farbwerke bedauert, seine Organisationspflicht veräußert zu haben.

**Müglitz bei Oschatz.** Die chemische Fabrik „Dipsia“ hier zeigt ihren Patriotismus auf eine recht sonderbare Art. Sie hat nämlich eine allgemeine Lohnkürzung eintreten lassen. In folgendem „Erlaß“ wurde diesbezügliche beauftragt und begründet:

„Mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse, unter denen die Fabrik mit Verlust arbeitet, sind wir gezwungen, auf größte Ersparnisse zu sehen. Sobald wir den Betrieb noch behalten wollen, müssen wir u. a. auch Lohnreduzierungen wie folgt vornehmen:

1. Sämtliche Wochenlöhne werden aufgehoben; an deren Stelle treten Stundenlöhne.
  2. Alle Stundenlöhne werden herabgesetzt: für Arbeiter um 5 Pf., für Arbeiterinnen um 3 Pf.
- Sämtliche Altlöhne, Prozentlöhne und Hoselöhne werden noch besonders herabgesetzt werden, worüber die Betriebsleitung noch Mitteilung macht.

Chemische Fabrik „Dipsia“ zu Müglitz bei Oschatz.

Die Stundenlöhne betragen bis jetzt für Arbeiter 28—30 Pf., für Arbeiterinnen 15—18 Pf. Sie waren also seither schon so niedrig, daß zu einer weiteren Kürzung eine Veranlassung gewiß nicht vorlag. Die Firma ist aber auch durchaus nicht etwa finanziell schlecht gestellt. Sie hat in den beiden letzten Jahren jedesmal 25 Prozent Dividende an ihre Aktionäre ausbezahlt. Im Jahre 1911 erhielten die Aktionäre zwar „nur“ 16 Prozent als Dividende, daneben aber noch 25 Prozent Extravergrütung aus dem Reservefonds. Außerdem wurde das Aktienkapital um 125 000 Mk. erhöht und diese Summe den alten Aktionären zu dem halben Kurswert zugeordnet. Die Rentabilität der Gesellschaft war demnach geradezu glänzend. Es ist deshalb auch unter gar keinem Gesichtspunkte berechtigt, noch auch nur verständlich, daß die Firma jetzt die Löhne kürzt. Wenn wirklich jetzt mit Verlust gearbeitet wird, warum sollen den die Arbeiter tragen, die an den überreichen Gewinnen der früheren Jahre doch gar keinen Anteil hatten?

**Schönebeck.** Die Mobilmachung hat auch bei uns schwere Störungen des Wirtschaftslebens verursacht. Die chemische Industrie, die hier zum größten Teile aus Kleinbetrieben besteht, litt sofort an Materialmangel und schränkte die Betriebe bedeutend ein; ein Betrieb wurde ganz stillgelegt. Nachdem nun der Güterverkehr wieder aufgenommen wird, fangen diese Fabriken wieder etwas mehr an zu arbeiten. Dagegen hat jetzt die Zementfabrik den Betrieb fast vollständig eingestellt.

Die Betriebseinschränkungen zu Anfang der Mobilmachung brachten uns eine große Arbeitslosigkeit. Zählten wir doch im Monat August über 200 Arbeitslose bei knapp 1000 Mitgliedern. Zum Heeresdienst sind circa 220 Kollegen eingezogen, so daß gegen Ende August nur noch etwas über die Hälfte der Mitglieder Arbeit hatte. Die Arbeitslosigkeit hat jedoch in den letzten Wochen bedeutend abgenommen, so daß wir jetzt (am 12. September) nur noch 34 Arbeitslose zählen.

Für die zurückgebliebenen Familien unserer Krieger wird von den Unternehmern an Orte nur sehr wenig getan. Die einzige Firma, die an die Familien sofort Unterstützung zahlt, ist die Händlitz- und Patronenfabrik von Sellier u. Wellot. Die Frau erhält 5 Mk. und für jedes Kind 1 Mk. pro Woche. Die Futterfabrik Fuhrmann zahlt pro Woche 7 Mk. an die Familie. Die Sprengstofffabrik „Kruppenmühle“ versandt sich erst nach einer Mahnung, die wir in der Tagespresse an sie richteten, zu einem Zuschuß an die Familien, trotzdem diese Firma jetzt mit dem Staat glänzende Geschäfte macht. Sie zahlt jetzt für die Frau 70 Pf. und für jedes Kind 30 Pf. pro Tag. Alle übrigen Firmen zahlen nichts.

Von den Gemeinden wird gleichfalls nicht genügend getan. Unser Agitationsgebiet besteht aus fünf größeren Orten, davon liegen vier dicht zusammen, ja greifen oft ineinander. In den meisten Gemeinden hat die Arbeitererschaft keine oder doch nur ungenügende Vertretung, um mit ihren Vorschlägen durchdringen zu können, und so hat denn bislang nur Schönebeck etwas Greifbares geschaffen. Die Stadtverordnetenversammlung bewilligte 20 000 Mk. zur Unterstützung derjenigen Familien, die durch den Krieg in Not geraten sind.

So eröffnen sich unsern zurückgebliebenen Familien nicht die besten Aussichten, ja, in den meisten Familien sieht es jetzt schon sehr trübe aus. Im Felde steht der Erntehar und kämpft fürs Vaterland. Zu Hause sitzt die Familie, die jeden Augenblick um sein Leben bangt. Zu dieser bangen Sorge gesellt sich noch der Hunger, da die Unterstützung nicht ausreicht, um ihn zu stillen. Hoffen wir, daß diese schwere Zeit nicht allzu lange dauern möge.

**Sonneberg (S.M.).** Fast totale Arbeitslosigkeit hat der Krieg in der Spielwarenindustrie verursacht. Von den 40 000 Personen, die im Meininger Umland vertrieben sind, sind im Spielwarenindustrie abhängig sind, muß der größte Teil feiern. Dazu kommen noch Tausende von Porzellanarbeitern und Arbeiterinnen und die der andern Industrien. Bereits einige Tage vor der Mobilmachung wurde bereits die Arbeit eingestellt. Schon am 1. und 2. August jagen fast sämtliche Exportfirmen ihre bereits erteilten Aufträge zurück. Alle Arbeit ruhe, da niemand fertige Ware annahm. Nur wenige Firmen zahlten für 14 Tage Lohn. Die größte Not folgte selbstverständlich dieser enormen Arbeitslosigkeit. Dazu kam noch, daß es gewissenlose Händler nicht anerkennen konnten, die Lebensmittelpreise in die Höhe zu schrauben. Konsumverweigerung und öffentliche Meinung schafften jedoch bald wieder normale Preise. — In die Not zu lindern, trafen Frauen und Männer aller Stände in Sonneberg zu einer Kriegsfürsorge zusammen. Die Summe der monatlich garantierten eingehenden Gelder — 8200 Mk. — ist gering gegenüber den hier wohnenden Steuertriften. Den größten Teil der Last werden wieder die „breiten Schultern“ zu tragen haben. Die Stadt wird einen monatlichen Zuschuß zu leisten haben. Manches Geld kommt trotzdem gelindert werden, und mancher sich stolz „Fabrikant“ nennende Heimarbeiter war schon gezwungen, die Kriegsfürsorge in Anspruch zu nehmen. Die Not ist groß. Auf dem Lande wurde fast nichts für die Arbeitslosen getan, auch nichts für die Familien der im Felde Stehenden. Nur in Sonneberg erhalten sie Mittagessen. Weiter bewilligt eine Spezialkassa ein solches für 10 Pf. Befreunden hat es bei anderen Kollegen gegeben, daß bei der Kriegsfürsorge ein Teil der Gewerkschaftsunterstützung in Anrechnung gebracht wurde. Wir haben vergeblich dagegen protestiert. Während die organisierte Arbeitererschaft sich der schweren Zeit besser erwehren kann, setzen die Unorganisierten aller Mittel einbüßend da. Es wird ihnen eine ernste Mahnung sein. Fremdig wurde der Beschluß des Hauptverbandes begrüßt, daß an Ausgesteuerte die Hälfte der Unterstützung weitergezahlt wird, und die arbeitenden Kollegen verpflichtet sind, die Ausgesteuerten-Marken zu leihen. Nur langsam läßt die Arbeitslosigkeit nach. In den Ziegeleien und Schamottefabriken wird nicht oder vermindert gearbeitet.

Unser Jahrestag ist fast ganz auf Export angewiesen. Auf lange Zeit sind die Aussichten für die Exportgüter, die sich fast ausschließlich mit jungem, englischem und russischem Export befassen, und deren Arbeitslosen recht trübe. Nur Amerika verlangt noch Ware. Noch wenige Wochen und auch diese Arbeit ist fertiggestellt. Was dann? Diese Frage schwebt auf aller Lippen. Hoffen wir, daß der Krieg bald zu Ende geht, damit das benötigte Geschäft sich wieder belebt. Viele Not hat unsere Gewerkschaft gefunden, sie wird auch weiterhin die Not zu bannen versuchen. G. B.

### Rundschan.

#### Gewerkschaften keine politischen Vereine.

Anfang April dieses Jahres erließ der Polizeipräsident in Berlin eine Verfügung an den Deutschen Holzarbeiterverband, den Deutschen Landarbeiterverband, den Deutschen Transportarbeiterverband sowie an die Berliner Gewerkschaften mehrerer Verbände, darunter auch an die des Fabrikarbeiterverbandes, wonach diese Gewerkschaften als politische Vereine anzusehen und deshalb ihre Sitzungen sowie ein Verzeichnis ihrer Vorstandsmitglieder einzureichen verpflichtet

seien. Die Verbände erhoben gegen diese Verfügungen Klage beim Verwaltungsamt. Diese Klagen haben ihre Erledigung jetzt dadurch gefunden, daß der Polizeipräsident zu Berlin nach der dem Anwalt der Verbände gemachten Mitteilung die Zurücknahme der Verfügungen angeordnet hat. Sichtlich findet diese Maßnahme des Berliner Polizeipräsidenten Nachahmung überall dort, wo noch solche Polizeiverfügungen erlassen sind.

#### Zur Nachahmung empfohlen.

In mehreren Zuschriften an uns wird darüber gellagt, daß die Frauen der Eingezogenen, wenn sie ihren Anspruch auf die staatliche oder gemeindliche Unterstützung anmelden, von den Beamten hartnäckig angefahren werden. Unter andern wurde kürzlich über die Bürgermeister zweier kleiner Orte bei uns lebhaft Beschwerde geführt. Wir sehen zuzeit davon ab, diese Beschwerden öffentlich wiederzugeben, möchten jedoch denen, die es angeht, einen Erlaß, den der Landrat des Kreises Wittenburg ergehen ließ, zur Beachtung empfehlen. In dem Erlaß heißt es:

„Es sind mir Klagen und Beschwerden darüber zu Ohren gekommen, daß Frauen, deren Gemänner zur Fahne einberufen sind und daher die Familienunterstützung bei den Ortsbehörden beantragen, teilweise durch die betreffenden Angestellten der Gemeindebehörden in schroffer oder sonst unangemessener Weise behandelt werden. Dieses Verfahren ist nicht geeignet, die bisherige Begeisterung und Opferwilligkeit in der Bevölkerung wachzuhalten und muß durchaus vermindert werden. Ich spreche die dringende Erwartung aus, daß sämtliche mit der Bearbeitung der Familienunterstützungssachen befaßten Dienststellen im Kreise zu derartigen Klagen in Zukunft keinen Anlaß mehr geben, daß vielmehr die Anträge auf Unterstützung in wohlwollender Art und Weise geprüft und die nachstehenden, wohl meistens Frauen, in einem den jetzigen Verhältnissen angepaßten ruhigen Ton behandelt werden, ihnen auch bei Wohnungs- und Mietschwierigkeiten in weitestgehendem Maße mit Rat und Tat zur Seite gestanden und geholfen wird.“

### Verbandsnachrichten.

#### Statistik. — Gelbe Karten.

Zum Schlusse des Monats September sind die gelben Berichtskarten einzusenden. Als Stichtag zur Feststellung der Zahl der Arbeitslosen am Ort und auf der Reise (Spalte 3 und 4) gilt der 26. September. Die Karte muß bis spätestens 4. Oktober 1914 in Hannover sein. Die Genauigkeit der im „Proletarier“ jeweils veröffentlichten Quartalsstatistik bedingt eine präzise Berichterstattung, also richtige Ausfüllung und zeitige Absendung der Karten. Nicht oder zu spät berichtende Zahlstellen werden im „Proletarier“ veröffentlicht.

Die Einsendung sowohl der grauen Monatskarten wie auch der gelben Quartalskarten ist unbedingt notwendig und ist durch die Einsendung der roten Wochenkarten nicht überflüssig geworden. Gerade das während des Krieges auf Grund der statistischen Karten gewonnene Material ist später von unschätzbarem Wert.

Ferner ist zu beachten, daß bei Angabe der Mitgliederzahl selbstverständlich nur die wirklich vorhandenen Mitglieder gezählt werden dürfen, also nicht auch die zum Heere eingezogenen, die als abgemeldet gelten.

Dagegen ist bei den jede Woche auszufüllenden roten Berichtskarten die Mitgliederzahl anzugeben, die am 1. August, also vor Ausbruch des Krieges vorhanden war.

### Zur Beachtung für den Gau 10

(S. i. g. M. ü. n. c. h. e. n.)

Mit der Wahrnehmung aller Geschäfte für den Gau 10 ist der Kollege Simon Knorr, München, Pestalozzistraße 40—44, III., beauftragt worden. Alle den Gau berührenden Geschäfte sind mit diesem Kollegen zu regeln.

### Zur Quartalsabrechnung.

Die Bekanntmachung des Vorstandes, die unterm 10. August erfolgte, enthält diese Bestimmung: Zwischen Lokalkassengeldern und den Mitteln der Verbandskassen ist kein Unterschied zu machen. — Es ist erforderlich, daß erst die am Orte befindlichen Gelder, einschließlich jener der Lokalkassen, aufgebraucht werden müssen, bevor Zuschüsse erfolgen können.

Bei der bevorstehenden Abrechnung wirft sich nun die Frage auf, wie Lokalkassengelder zu verrechnen sind. Darauf geben wir folgende Antwort: Der Zuschuß aus der Lokalkasse ist bei der Abrechnung für die Hauptkasse in Einna h m e zu stellen, und zwar wird der Einna h m eposten „Sonstige Einnahmen“ (in der Abrechnung der Hauptkasse) durchstrichen und handschriftlich eingetragen: Zuschuß aus der Lokalkasse. Dahinter kommt die Summe aus der Lokalkasse.

In der Ausgabe der Hauptkasse treten die Zuschüsse ohne weiteres in den Unterstellungen in Erscheinung.

In der Abrechnung der Lokalkasse wird der Posten „Sonstige Ausgaben“ durchstrichen und dafür handschriftlich eingefügt: Zuschuß an die Verbandskasse.

Mit toll. Gruß!

Der Vorstandsvorstand.

### Vom 15. September an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

- Bülow 400,—, Obornitz 28,88, Elsterwerda —,50, Höchst a. M. 9,—, Hüttenrode 300,—, Sommerfeld (M.-L.) 93,55, Frankfurt a. d. O. 66,25, Schwiebus 65,79, Fürstenwalde 36,90, Seidingsfeld 10,25, Zschopne 800,—, Zwickau i. S. 50,—, Parchim 400,—, Schluß: Montag, den 21. September, mittags 12 Uhr. Fr. Bruns, Kassierer.

### Verloren und für ungültig erklärte Mitgliedsbücher und -Karten.

Buch-Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsdatum	Eintrittsdatum	Eingetreten in
378 035	Marianne Rieza	25. 3. 72	15. 10. 09	Leipzig.
378 299	Louis Krüger	14. 3. 87	26. 6. 10	Ermsleben.
499 445	Wilhelm Gutfisch	2. 5. 83	1. 7. 11	Grünberg.
579 091	Peter Johannsen	10. 3. 74	25. 5. 14	Henssburg.
527 315	Joseph Gott	3. 9. 86	26. 5. 07	Leimen.
530 290	Johann Bisp	1. 9. 74	11. 3. 13	Frankfurt a. M.
510 184	Heinrich Brand	24. 11. 87	19. 11. 11	Schöbitz.
468 992	Michael Hannas	29. 9. 61	12. 5. 06	Witterfeld.
476 773	August Gau	10. 12. 65	15. 4. 07	Wgeln.
405 946	Oskar Max Schuster	22. 3. 91	20. 10. 10	Ulm.
443 509	Ignaz Dupet	6. 11. 86	11. 9. 10	Erdingenreuth.
445 546	Ferdinand Seynar	9. 6. 74	23. 4. 11	Bauhen.

Karten-Nr.	Name	Geburtsdatum	Eintrittsdatum	Eingetreten in
166 791	Karl Rihmann	6. 4. 92	1. 8. 13	Lüthgen.
369 329	Ernst Müller	9. 12. 93	12. 1. 14	Gambura.